

Leistungsbeschreibung

INHALTSVERZEICHNIS DIESER LEISTUNGSBESCHREIBUNG

1.1	Allgemein	2
1.2	Leistungen des Auftraggebers.....	2
1.3	Leistungen des Auftragnehmers.....	2
1.3.1	Allgemeine Beschreibung des zu erbringenden Leistungsumfangs.....	2
1.3.2	Allgemeine Anforderungen	4
1.3.3	Leistungsstörungen und Informationspflicht	4
1.3.4	Kontrollrecht und Weisungsbefugnis	5
1.3.5	Qualität und Verbesserungen	5

1.1 ALLGEMEIN

Zur Vorsortierung und Sammlung von Biomüll im Haushalt werden den Nutzern der Biotonne des Landkreises Fürth Biomülltüten bereitgestellt.

Der Landkreis Fürth beabsichtigt, die Herstellung und Lieferung von 7.300.000 Stück Biomülltüten aus 100 % Recyclingpapier neu zu decken. Der Abruf erfolgt nach Bedarf voraussichtlich ab 01.11.2026 in Teilmengen von rund 660.000 Stück.

Weitere Einzelheiten zur Leistungserbringung regelt die nachfolgende Leistungsbeschreibung.

1.2 LEISTUNGEN DES AUFTRAGGEBERS

- (1) Der Auftraggeber benennt für die Laufzeit des Vertrages einen oder mehrere verantwortliche(n) Ansprechpartner sowie dessen / deren Vertreter.
- (2) Der Auftraggeber stellt für die abgerufene Teilmenge an Biomülltüten den Lagerplatz beim Bauhof des Landkreises Fürth zur Verfügung. Etwa darüber hinaus erforderliche Lager- und Arbeitsplätze hat der Auftragnehmer zu beschaffen; die Kosten sind durch die Vertragspreise abgegolten.

1.3 LEISTUNGEN DES AUFTRAGNEHMERS

1.3.1 Allgemeine Beschreibung des zu erbringenden Leistungsumfangs

Es wird die Herstellung und Lieferung von 7.300.000 Stück Biomülltüten aus 100 % Recyclingpapier vergeben.

Material:

- 100 % Recyclingpapier, braun
Das eingesetzte Recyclingpapier muss nachweislich schadstofffrei, voll kompostierbar und nassfest sein.
- Das eingesetzte Recyclingpapier soll mit dem Siegel des Blauen Engel ausgezeichnet sein. Es werden auch gleichwertige Zertifizierungen akzeptiert. Die Gleichwertigkeit ist entsprechend nachzuweisen.

Materialstärke:

- 80 g/qm

Maße:

- 230 x 130 x 350 mm mit Rollboden oder Keilboden sowie ohne Tragegriffe
Die Biomülltüten werden stichprobenweise auf die geforderten Merkmale hin überprüft.

Spezifische Erläuterungen:

- Nachweise über die Unbedenklichkeit von Papier, Farbe und Leim sind dem Angebot vollständig und in deutscher Sprache beizufügen.
- Der Nachweis bezüglich dem Siegel des Blauen Engels oder gleichwertigen Zertifizierungen des Papiers ist dem Angebot in deutscher Sprache beizufügen.
- 10 Muster (Biomülltüten) sind ergänzend zum Angebot auf dem Postweg bis zum Angebotsabgabetermin bei der zentralen Vergabestelle (Landratsamt Fürth, Kommunalaufsicht, staatl. Rechnungsprüfung und zentrale Vergabestelle, Im Pinderpark 2, 90513

Zirndorf) in einem verschlossenen Umschlag (keine Fensterbriefumschläge) einzureichen. Der Umschlag ist außen mit **beigelegtem Kennzettel** sowie Name und Anschrift des Bieters zu versehen.

Verklebung:

- Der Falz der Biomülltüten muss durchgängig fest verklebt sein. Der eingesetzte Klebstoff darf keine Konservierungsmittel beinhalten und muss eine Beständigkeit gegen Nässe aufweisen. Ebenso muss dieser ohne schädliche Rückstände kompostierbar sein und darf den biologischen Abbau nicht behindern. Die Klebstoffzusammensetzung ist anzugeben.

Aufdruck:

- Zweiseitig mit einfarbigem Aufdruck nach den Vorgaben des Auftraggebers. Die Druckdaten werden als PDF zur Verfügung gestellt. Sofern für den Druckprozess ein spezielles Dateiformat erforderlich sein sollte, obliegt es einzig dem Auftragnehmer, die vom Auftraggeber bereitgestellten Daten aufzubereiten.
- Der Auftraggeber ist berechtigt, während der Vertragslaufzeit einmal die Druckvorlage ohne Mehrkosten zu ändern.
- Das Druckbild muss einwandfrei aufgebracht und frei von Streifen, Spritzern oder sonstigen Unregelmäßigkeiten sein.
- Die eingesetzten Farben müssen nachweislich schadstofffrei sein und dürfen den Rottevorgang nicht negativ beeinflussen.

Verpackung:

- 250 Stück im Karton auf Mehrwegpaletten (Euro-Paletten) (2 Paletten aufeinander, maximale Höhe incl. Paletten von 250 cm, komplett mit Spannfolie umwickelt, wobei jede Einzelpalette eine maximale Höhe von 125 cm haben darf)
- Die Größe des Kartons muss so bemessen sein, dass das Packgut (Biomülltüten) ohne größeres Leervolumen umschlossen wird. Dies ist dann der Fall, wenn der Abstand zwischen Packgut und Karton auf jeder Seite 2 cm nicht überschreitet.
- Jeder Karton ist mit einem weißen Etikett an der Außenseite zu beschriften. Die Größe des Etiketts muss mindestens 100 mm x 70 mm betragen. Der genaue Text auf dem Etikett wird in schwarzer Schrift durch den Auftraggeber bestimmt (voraussichtlicher Text „Biomülltüten Landkreis Fürth, 250 Stück“). Die Beschriftung ist gut lesbar sowie einwandfrei aufzubringen und muss frei von Streifen, Spritzern oder sonstigen Unregelmäßigkeiten sein.

Lieferkonditionen:

- Lieferung frei Haus innerhalb von 10 Tagen nach telefonischem Abruf durch den Bauhof des Landkreises Fürth (Lieferadresse: 90522 Oberasbach, Rothenburger Str. 1) zu den üblichen Geschäftszeiten, wobei je Lieferung eine Teilmenge von rund 660.000 Stück abgerufen wird. Der Fahrer muss sich ca. eine Stunde vor Eintreffen bei einer vom Auftraggeber nach Auftragsvergabe mitgeteilten Kontaktperson telefonisch anmelden.

Der Auftragnehmer ruft derzeit durchschnittlich alle 35 Tage eine Teilmenge von rund 660.000 Stück ab.

Es muss damit gerechnet werden, dass aufgrund des Nutzungsverhaltens der Landkreiskbürger es zu Änderungen im Lieferrhythmus kommen kann. Demnach kann vom Auftrag-

geber nicht gewährleistet werden, dass entsprechende Mengen auch über die Vertragslaufzeit anfallen. Es muss vielmehr damit gerechnet werden, dass es zu Mengenänderungen und –schwankungen kommen kann.

- Nach derzeitigen Prognosen wird der Abruf der ersten Teillieferung voraussichtlich ab 01.11.2026 erfolgen. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, vom voraussichtlichen Leistungsbeginn +/- 1 ½ Monate abzuweichen. Eine verbindliche Aussage kann hierzu frühestens ab August 2026 getroffen werden.

1.3.2 Allgemeine Anforderungen

- (1) Der Landkreis steht – bedingt durch den öffentlichen Auftrag „Sicherstellung der Abfallentsorgung“ – besonders im Fokus der Öffentlichkeit. Ihn trifft die Verantwortung dafür, dass die Leistungen ordnungsgemäß abgewickelt und erbracht werden. Dementsprechend werden die Auftragnehmer durch diese Ausschreibung auf ein qualitativ hohes Leistungsniveau verpflichtet. In diesem Sinne bemühen sich beide Seiten um ein gutes Gesamterscheinungsbild in der Öffentlichkeit.
- (2) Ferner zu beachten sind Arbeitsschutzvorschriften, Unfallverhütungsvorschriften sowie die allgemein anerkannten sicherheitstechnischen Regeln und die verbindlichen Bestimmungen zum Mindestlohn (sofern vorhanden) in der jeweils gültigen Fassung. Der Auftragnehmer ist für die Erfüllung der arbeits-, sicherheitsrechtlichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinem Personal allein verantwortlich.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, beim Umgang mit den im Rahmen dieses Vertrags erhaltenen Informationen und Daten die geltenden Bestimmungen bzgl. des Datenschutzes in ihrer jeweils gültigen Fassung zu beachten.
- (4) Der Auftragnehmer setzt den Auftraggeber ferner über alle von ihm geplanten, wesentlichen, die Leistungserbringung betreffenden organisatorischen Maßnahmen, die sich so nicht aus den Vergabeunterlagen ableiten lassen, rechtzeitig in Kenntnis und stimmt sie einvernehmlich mit ihm ab. Der Auftraggeber kann das Einvernehmen verweigern, wenn beabsichtigte Maßnahmen den Interessen an einer geordneten Leistungserbringung zuwiderlaufen.

1.3.3 Leistungsstörungen und Informationspflicht

- (1) Ist bei schwerwiegenden Betriebsstörungen nicht mehr sichergestellt, dass der Auftragnehmer seinen Aufgaben zur Vertragserfüllung nachkommt und erfüllt der Auftragnehmer auch auf eine Aufforderung des Auftraggebers mit angemessener Fristsetzung seine Pflichten nicht, ist dieser berechtigt, etwaige unaufschiebbare Maßnahmen selbst durchzuführen oder zu veranlassen. Einer vorangehenden Nachfristsetzung bedarf es nicht, wenn der Auftragnehmer die Erfüllung ernsthaft und endgültig verweigert oder öffentliche Interessen der Aufgabenerfüllung keinen weiteren Aufschub zulassen. Falls die Leistungsstörung vom Auftragnehmer zu vertreten ist, kann der Auftraggeber nach Selbsteintritt oder entsprechender Veranlassung den ihm entstandenen Schaden vom Auftragnehmer ersetzt verlangen.
- (2) Störungen, die dazu führen, dass die Leistungen durch den Auftragnehmer nicht ordnungsgemäß und / oder rechtzeitig erbracht werden können, sind dem Auftraggeber unabhängig von Art und Ursache unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, unverzüglich und ohne dass dies gesondert vergütet wird, Abhilfe zu schaffen, sofern der Grund für die Hinderung in seinem Verantwortungsbereich liegt. Der reibungslose Ablauf der Leistungserbringung darf hierdurch nicht gefährdet werden. Über die betreffenden Maßnahmen ist der Auftraggeber ebenfalls unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

1.3.4 Kontrollrecht und Weisungsbefugnis

- (1) Der Auftraggeber oder ein vom ihm beauftragter Dritter ist befugt, die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers zu überwachen, auch gegenüber den vom Auftragnehmer eingesetzten Unterauftragnehmern. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer die vorgenannte Überwachung akzeptieren und auf entsprechende Aufforderung des Auftraggebers hin Auskünfte erteilen und einen Einblick in bei ihnen geführte Dokumente und gespeicherte Daten gewähren.
- (2) Dem Auftraggeber werden auf Anfrage alle Auskünfte erteilt, die mit der Erfüllung dieses Vertrages im Zusammenhang stehen. Dabei ist ihm auch Einsicht in Dokumente im Zusammenhang mit der Leistungserbringung zu gewähren.
- (3) Grundsätzlich meldet der Auftraggeber entsprechende Kontrollbesuche mit einem Vorlauf von mindestens einem Werktag an. Der Auftraggeber besteht lediglich im sachlich gerechtfertigten Ausnahmefall auf einer unangemeldeten Kontrolle.
- (4) Der Auftraggeber kann die Vorlage der Gehaltsabrechnungen des eingesetzten operativ tätigen Personals des Auftragnehmers und seiner Unterauftragnehmer in anonymisierter Form verlangen, um die Einhaltung des gesetzlich vorgegebenen Lohnniveaus (insbesondere Mindestlohn) zu überprüfen. In begründeten Zweifelsfällen kann er den Nachweis verlangen, dass die vorgelegten (ggf. anonymisierten) Gehaltsabrechnungen tatsächlich den eingesetzten Arbeitnehmern zugeordnet sind.

1.3.5 Qualität und Verbesserungen

Der Auftragnehmer benennt nach Erteilung des Zuschlags für die Laufzeit des Vertrages einen oder mehrere verantwortliche(n) Ansprechpartner sowie dessen / deren Vertreter mit selbstständiger Entscheidungsgewalt. Der / Die verantwortliche(n) Ansprechpartner des Auftragnehmers bzw. dessen / deren Vertreter muss / müssen zu den üblichen Geschäftszeiten mindestens von Montag bis Freitag (Ausnahme: gesetzliche Feiertage) in der Zeit von 7.⁰⁰ Uhr bis 17.⁰⁰ Uhr durchgehend telefonisch (kein Anrufbeantworter und keine computergesteuerte Anrufannahme / Vermittlung, sondern direkte Durchwahl des / der Ansprechpartner(s)) und persönlich erreichbar sein. Die Möglichkeit, Nachrichten auf einem Anrufbeantworter zu hinterlassen, genügt hierfür nicht. Der / Die Ansprechpartner muss / müssen ferner insoweit befugt sein, dass Beschwerden und Nachfragen aufgenommen und unverzüglich abgearbeitet werden bzw. für Abhilfe gesorgt wird.